

Klimapolitik als Macht- und Sozialkampf begreifen!



Von WOLFGANG HÜBNER | Die unheilverheißende Ankündigung von Bundeskanzlerin Merkel, in der deutschen Klimapolitik künftig kein "Pillepalle" mehr zu machen, also in die Offensive zu gehen, ist eine innen- und sozialpolitische Kriegserklärung. Sie ist eine gute Nachricht für alle Ideologen und Profiteure der angestrebten Klimanotstands-Republik, aber eine sehr bedrohliche Nachricht für die überwältigende Mehrheit der Deutschen, die weder Multimillionäre noch Freitagsschreihälse sind.

Klarer denn je ist nun, dass es zugleich um noch mehr Vollmachten für den herrschenden Machtkomplex wie auch um noch mehr Geld für dessen finanzielle Ausstattung geht. Ganz bestimmt aber geht es nicht ums Klima. Denn wenn es tatsächlich darum ginge, wäre der Schutzerwerb von tropischen Regenwäldern und die Wiedereinführung modernster Atomkrafttechnik sowie CO₂-freie Kohlenutzung tausendmal nützlicher als die irrsinnigen Aufwendungen und Landschaftsverwüstungen der sogenannten „Energiewende“.

Doch der Machtkomplex aus Politik, Wirtschaft und Medien hat längst die große Chance begriffen, mittels der Klimahysterie samt ihren organisierten Schülerchören dem liberalen Totalitarismus speziell deutscher Prägung ein grünes Mäntelchen zu verpassen. Haben die 68er noch gegen die angeblich drohende Notstandsrepublik gestritten, so mobilisieren ihre Veteranen und deren Antifa-Nachkommen nun

für eine autoritäre Scheindemokratie des imaginierten „Klima-Notstands“. Wo aber Notstand herrscht, da ist der staatlichen Willkür keine Grenze mehr im Land der offenen Außengrenzen gesetzt.

Es sollte klar sein: Kein „Pillepalle“ mehr, das bedeutet noch mehr Ausbeutung der arbeitenden und steuerzahlenden Massen. Wie die geplante zusätzliche Abzocke fürs „Klima“ demnächst heißen wird und wie sie mit allen Mitteln der Propaganda und Irreführung schmackhaft gemacht werden soll, ist letztlich egal. Es zählt nur das Ergebnis, nämlich eine zutiefst unsoziale Maßnahme zur Erhöhung der Staatseinnahmen. Wenn Merkel-Klon AKK in einem ihrer seltenen Momente geistiger Klarsicht befürchtet, die Klimapolitik könne zu einer weiteren „Spaltfrage der Gesellschaft“ werden, liegt sie ganz richtig.

Denn weder die Freitagsschreihälse noch Berufspolitiker oder der sehr wohlhabende Teil der Deutschen sollen demnächst noch mehr zu empfindlichen finanziellen Einbußen gezwungen werden, sondern vor allem jene, die noch nie viel hatten und bestenfalls einigermaßen auskömmlich ihren Lebensunterhalt bestreiten. Genau darin besteht die Chance zum erfolgreichen Widerstand gegen den multimedial geschürten Klima-Irrsinn. Denn trotz aller Beteuerungen, es solle bei den geplanten Maßnahmen irgendwie sozial „gerecht“ zugehen: Es wird niemals „gerecht“ zugehen, wenn dem Klimagott geopfert werden soll!

Deshalb muss sich der Hauptwiderstand nicht am Streit daran entzünden, ob der vermutete Klimawandel nun natürliche Ursachen, menschlich beeinflusst oder gar vorwiegend menschenverursacht ist. Diese Frage wird noch sehr lange nicht eindeutig zu beantworten sein und führt nur zu verschiedenen Glaubensbekenntnissen. Die laufende Umwandlung der Demokratie in Deutschland zu einem liberalen Totalitarismus und Klimanotstandsstaat sowie die geplante zusätzliche Abzocke der arbeitenden Massen sind aber ganz reale, spürbare und erlebbare Entwicklungen.

Da Artikel 20 des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Bundesstaat bestimmt, ist im gleichen Artikel auch für alle Deutschen ein Widerstandsrecht garantiert gegen alle, die „diese Ordnung“ zu beseitigen trachten. Auf dieses Widerstandsrecht kann sich jeder berufen, der nicht tatenlos zusehen will, wie Demokratie und Sozialstaat deformiert und faktisch außer Kraft gesetzt werden. Dieses Widerstandsrecht ist übrigens nicht davon abhängig, ob diese verhängnisvolle Entwicklung bei Wahlen Legitimierungen erfährt.

Was die geplanten finanziellen Zwangsmaßnahmen fürs „Klima“ betrifft, so kann und muss darüber aufgeklärt werden, welche Kosten auf die Deutschen zukommen. Der frühere Hamburger SPD-Umweltsenator Prof. Dr. Fritz Vahrenholt schreibt dazu in der Züricher „Weltwoche“ in einem sehr lesenswerten Artikel:

4600 Milliarden Euro müssten die deutschen Haushalte also ausgeben, um 800 Millionen Tonnen CO₂ zu vermeiden. Dies ist die Menge an CO₂, die China jedes Jahr zusätzlich ausstößt. Damit die Eltern der streikenden Kinder von «Fridays for Future» die 4600 Milliarden richtig verstehen: Das sind während dreissig Jahren für jeden deutschen Haushalt Monat für Monat 320 Euro – zusätzlich, notabene. Und wenn es nach Greta und ihren Followern geht, die 100 Prozent Erneuerbare innerhalb von fünfzehn Jahren fordern, dann wären das monatlich 640 Euro [...]

Prof. Vahrenholt ist alter Sozialdemokrat genug, um auch das noch mit auf den Weg zu geben: „Zur Erinnerung: Zieht man diese 640 Euro von einem deutschen Durchschnittsverdienst (1890 Euro netto pro Monat) ab, dann müssten Heerscharen von Deutschen unter oder nahe der Armutsgrenze (60 Prozent des Durchschnittseinkommens) leben.“ Diese seriös errechneten Zahlen sind das einzig wirksame Gegenmittel, um im Kampf gegen die organisierte Klimahysterie in die Offensive zu kommen.

Die gegenwärtige Situation darf man nicht nur aussitzen wollen, wie es der AfD-Politiker Gauland offenbar für ratsam hält – sie kann offensiv bekämpft und auch besiegt werden. Viele Deutsche mögen derzeit verblendet und irreführt sein: Dass sie sich millionenfach einem geradezu verbrecherischen Verarmungsprogramm unterwerfen wollen, ist zwar (leider) nicht unmöglich, aber doch sehr unwahrscheinlich. Dieser Kampf ist noch lange nicht verloren – er fängt gerade erst richtig an!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.